Verluste der Mutter, die durch die Schwangerschaft und Geburt bedingt sind, herangezogen werden, was eine Entlastung der öffentlichen Wohlfahrtsinstitutionen bedingt. Die Verleihung der elterlichen Gewalt über das illegitime Kind wird abgelehnt.

v. Sury (Basel).

Leonhard, Friedrich: Ehescheidungsreform. Ärtzl. Sachverst.-Zeit. Jg. 33, Nr. 13, S. 169—174. 1927.

Das geltende Ehescheidungsrecht verlangt bei unheilbarer Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses die Verschuldung eines oder beider Ehegatten. Dadurch ist die Ehescheidung sehr erschwert, insbesondere bei geistigen Erkrankungen, wenn die Voraussetzungen der Ehescheidung wegen Geisteskrankheit nicht gegeben sind, da der geistig minderwertige Ehegatte für die Verfehlungen, die er sich zu Schulden kommen läßt, oft nicht verantwortlich gemacht werden kann. Auch bei anderen, nach der Eheschließung auftretenden Krankheiten, später eintretender Zeugungsunfähigkeit, unverschuldet erworbener Geschlechtskrankheit, läßt sich eine Verschuldung nicht immer nachweisen. Auch scheut sich die Ehefrau vielfach vor der Scheidung wegen der ihr drohenden wirtschaftlichen Schäden. Leonhard fordert daher eine Verschärfung der Unterhaltspflicht des geschiedenen Mannes bei Schuldlosigkeit der Frau. Er fordert ferner, daß das Verschulden eines Ehegatten künftig nicht mehr Voraussetzung der Ehescheidung sein soll. Die Feststellung des Verschuldens ist trotzdem wegen der rechtlichen Folgen nicht überflüssig. § 1568 BGB. soll nach seinem Vorschlag folgende Fassung erhalten:

„Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn das eheliche Verhältnis so zerrüttet ist, daß für ihn die Fortsetzung der Ehe eine unerträgliche Last bedeutet.“ Die Zerrüttung soll auch für die Scheidung wegen Geisteskrankheit gelten. Die Scheidung wegen böswilligen Verlassens ist dann entbehrlich.

Bei der Scheidung soll ausgesprochen werden, ob einen der Ehegatten eine Schuld an der Ehescheidung trifft. Ob eine unheilbare Zerrüttung vorliegt, ist von Amts wegen zu prüfen.

G. Strassmann (Breslau).

● **Holdermann, Ludwig: Das badische Irrenfürsorgegesetz mit Vollzugsverordnung.** Karlsruhe: Macklotsche Druck. u. Verl. A.-G. 1927. 103 S. geb. RM. 3.50.

Verf. ist Verwaltungsinspektor an der Heil- und Pflegeanstalt Konstanz. Auf Grund des gesamten großen, ihm zur Verfügung stehenden Materials stellt er fest, daß die Vorschriften der Aufnahme Geisteskranker in den badischen Irrenanstalten sich wohl bewährt haben. Unberechtigte Festhaltungen sind nicht vorgekommen. Geisteskranken sind lediglich Kranke, der Zweck ihrer Unterbringung in die Irrenanstalt ausschließlich Krankenbehandlung, die Freiheitsbeschränkung eine medizinisch-polizeiliche Maßnahme. Eine gesetzliche Regelung trat am 30. VII. 1910 in Kraft. Das Gesetz der Irrenfürsorge umfaßt die Voraussetzungen der Unterbringung von Geisteskranken und Geistesschwachen, ohne oder gegen ihren Willen, auf Veranlassung des zuständigen Bezirksamtes. Den Geisteskranken und Geistesschwachen werden die chronischen Trinker zugerechnet. Eine Mindestaltersgrenze ist nicht gezogen. Die Antragsberechtigten werden aufgezählt, die Notwendigkeit eines kurzfristigen ärztlichen Zeugnisses betont. Die Statthafterklärung der Unterbringung erfolgt auf Antrag durch das Bezirksamt; das Bezirksamt kann auch ohne Antrag wegen Gefährdungsmöglichkeiten die Unterbringung in einer öffentlichen Irrenanstalt verfügen. In dringenden Fällen kann die Aufnahme auch ohne die sonstigen Vorbedingungen auf Grund eines Zeugnisses des Anstaltsarztes erfolgen (Meldung an das Bezirksamt innerhalb 24 Stunden). Die Unterbringung ohne und gegen den Willen erfolgt weiterhin zur Beobachtung des Geisteszustandes auf 6 Wochen bei Zwangszöglingen, Strafgefangenen, Militärpersonen. Entlassung bei Gesundung und Zurückziehung des Internierungsantrages bzw. amtliche Entscheidung über Einspruch gegen Zurückhaltung evtl. Unterbringung in Kranken- und Armenanstalt. Es folgt die Aufzählung und Beschreibung der öffentlichen Irrenanstalten, des Verfahrens bei der Aufnahme, der Behandlung und Verpflegung der Kranken in der Anstalt, ihres Ausscheidens und der Überführung in eine andere Anstalt. Anschließend Besprechung der Aufsicht, Leitung und baulichen Anlage und Einrichtung der Privatirrenanstalten, der Aufnahme und Ausscheidung, endlich der Anstalten für Schwachsinnige, Kretine, Idioten und Epileptiker. Ein Überblick über die dauernde Unterbringung von Geisteskranken in öffentlichen Kranken- und Armenanstalten, Abgang von Geisteskranken aus Kranken- und Armenanstalten, Militär Lazaretten und Unterbringung Geisteskranker in Privatanstalten. Schlußbestimmungen werden gegeben, ihnen folgen Musterabdrucke: Formulare für den Aufnahmeantrag, das Schuldversprechen (Zahlungsverpflichtung; Ref.), ärztliches Zeugnis, Zeugnis der Ortspolizei und ein ausführliches